

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

53. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 65 Pf., monatlich 22 Pf., ohne Postbestellgebühr. Nur Postbezug. Erscheinungstage: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend. — Jährlich 150 Nummern.

Leipzig, den 9. März 1915

Anzeigenpreis: Arbeitsmarkt, Versammlungs-, Vergütungsinferate usw. 15 Pfennig die Zeile; Käufe, Verkäufe und Empfehlungen aller Art 50 Pfennig die Zeile. — Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 27

Verband der Deutschen Buchdrucker

Ergebnis der Statistik vom 30. Januar 1915

Mitgliederstand Ende des zweiten Quartals 1914: 70452.

	Resultat der am 30. Januar 1915 aufgenommenen Statistik		Resultat der am 31. Oktober 1914 aufgenommenen Statistik	
		In Proz.		In Proz.
Sum Seeresdienst einberufene Kollegen	22760	32,3	17622	25,3
Davon verheiratet	11388	der Mitglieder vor Beginn des Krieges	9554	der Mitglieder vor Beginn des Krieges
Zahl der von der Statistik erfaßten Kollegen (nach Abzug der zum Seeresdienst einberufenen)	46978	—	52015	—
Davon waren arbeitslos	3973	8,5	11699	22,5
arbeiten in verkürzter Arbeitszeit oder festem aus	5644	12,0	7994	15,4
waren zu einem andern Beruf übergetreten	3725	7,8	2070	4,0
waren krank	800	1,7	1102	2,1
waren vollbeschäftigt	32836	70,0	29150	56,0
Von den ausbleibenden Kollegen waren beschäftigt:				
a) mehr als drei Tage	3174		3929	
b) drei volle Tage oder sechs halbe Tage in der Woche	2125		2729	
c) weniger als drei Tage	93		297	
d) festem wochenweise aus	252		1039	
Von den arbeitslosen Kollegen wurden unterstützt	2376		7487	
Von den ausbleibenden Kollegen wurden unterstützt	1812		3552	

Arbeitslosenunterstützung wurde aus der Verbandskasse gezahlt in der Zeit vom 3. August 1914 bis 30. Januar 1915	2388145,65
Desgleichen in der Woche vom 24. bis 30. Januar 1915	29521,70
Ausgabe der Verbandskasse in allen Unterstützungsweigen in der Zeit vom 3. August 1914 bis 30. Januar 1915	2963143,18
Unterstützung an die Familien der Kriegsteilnehmer wurde gezahlt bis 30. Januar 1915	253774,77

Gau:	Mitgliederzahl am Ende des 2. Quart. 1915	Sum Seeresdienst einberufen:		Zu andern Beruf übergegangen	Arbeitslos waren am 30. Jan. 1915:		In verkürzter Arbeitszeit waren tätig:					Vollbeschäftigte Kollegen	
		insgesamt	davon verheiratet		insgesamt	davon erhebt. Untilg.	weniger als 3Tg.	mehr als 3Tage	3Tage oder 6 halbe Tage i. d. W.	wochenweise festem aus	insgesamt		Bon diesen Kollegen erhebt. Unterst.
Bayern	5265	1927	977	104	250	175	8	201	81	19	309	91	2675
Berlin	12367	2852	1300	1295	1465	865	—	250	610	—	860	250	5895
Dresden	2546	892	409	116	180	100	1	72	47	21	141	22	1217
Elb-Lothringen	1202	449	241	60	69	38	1	150	12	9	172	14	452
Erzgebirge-Bohland	1673	565	283	72	79	38	16	36	89	6	147	85	810
Frankfurt-Oessen.	2916	995	558	255	156	111	—	113	29	—	142	29	1368
Hamburg-Altona	2761	760	286	102	256	208	10	129	45	68	252	123	1391
Hannover	2878	943	466	145	55	38	1	191	26	3	221	24	1514
Leipzig	6029	2059	1250	345	552	322	—	281	758	—	1039	678	2034
Mecklenburg-Vibech	678	219	94	15	14	6	—	16	3	—	19	2	411
Mittelrhein	3331	1105	599	97	99	49	8	87	18	34	147	53	1883
Nordweit	1355	386	186	44	53	40	2	107	14	7	130	17	742
Oberrhein	1485	589	231	52	34	23	2	201	4	13	220	10	590
Oder	2337	866	433	106	59	33	3	36	24	17	80	22	1226
Osterrhein-Schüringen	2495	944	525	163	87	51	8	130	147	6	291	147	1010
Sipreuthen	786	363	154	12	15	2	—	—	11	—	11	—	375
Polen	534	215	91	9	9	4	—	14	—	3	17	3	284
Rheinland-Westfalen	8003	2554	1254	367	129	62	7	385	85	18	495	98	4428
Am der Saale	3158	1269	708	179	94	65	2	205	39	14	260	51	1356
Schlesien	2622	820	388	89	109	42	22	37	30	5	94	36	1510
Schleswig-Holstein	1027	303	160	45	11	8	2	36	—	1	39	3	629
Westpreußen	561	253	106	17	4	2	—	—	2	1	3	1	264
Württemberg	3603	1402	698	36	38	35	—	497	51	7	555	53	1572
Auf der Reise	840	—	—	—	156	59	—	—	—	—	—	—	—
Summe	70452	22760	11388	3725	3973	2376	93	3174	2125	252	5644	1812	33836*

*Davon 800 Kranke.

Aus dem Inhalte dieser Nummer:

Die vierte Statistik des Verbandes während des Krieges. Kritik: Von der „Kriegskommission“ des Verbandes. Aus dem Genossenschaftsleben: Notwendigkeiten der Gegenwart und Zukunft. Geuilleton: Wie sich der Krieg allenthalben äußert (Schluß aus Nr. 21). Korrespondenzen: Chemnitz, — Dresden (M. S.), — Freiburg i. Br. Hannover, — Köln, — Mainz, — Wiesbaden (M. M.). Rundschau: Ausreichendes Angebot von Bewerbern um Ausbildung an der Schmajchine. — Kriegsende im deutschen Zeitungswesen. — Währungslemmung der Lebensmittellieferung durch den Handel. — Die Fähigkeit des Kriegsausfalls für Konsumenteninteressen. — Steigerung der Invaliden- und Krankenrenten während des Krieges. — Beruf- und Verflümmelung.

Von der „Kriegskommission“ des Verbandes

Die Gauvorsitzerkonferenz am 24./25. August v. J. hatte eine sogenannte Kriegskommission eingeleitet, welche gemeinsam mit der Verbandsleitung über auftauchende Fragen und Schwierigkeiten beraten sollte, die mit der weiteren Dauer des Krieges für unsere beruflichen Verhältnisse oder in tariflichen Angelegenheiten Bedeutung erlangen könnten. Daß es daran in einer so außergewöhnlichen Zeit nicht fehlen würde, stand ohne weiteres fest, und daß die Verbandsleitung in den Monaten seit Kriegsausbruch ihnen in einer solchen Weise, wie geschehen, gerecht geworden ist, verdient alle Anerkennung. Hatte also bisher die Kriegskommission nicht in Funktion zu treten brauchen — nach den Befürchtungen im August müßte es entgegengesetzt gekommen sein —, so war die Notwendigkeit des Zusammentritts dieses aus Gründen der Kostensparnis geschaffenen Beratungskörpers doch einmal gekommen. Die Gauvorsitzer von Bayern, Berlin, Hamburg, Leipzig, Mittelrhein, Rheinland-Westfalen und Am der Saale hatte die vorjährige Konferenz gleich für einen solchen Fall bestimmt. Vertreter des Verbandsvorstandes und ein Redaktionsmitglied sollten die Kriegskommission vervollständigen. Die Organisationsleitung berief nun eine Sitzung nach Berlin ein, deren Beratungen am 1. und 2. März die Nützlichkeit dieser Einrichtung durchaus bekräftigt haben.

Man nahm zunächst von der neuen, vieren Verbandsstatistik während des Krieges Kenntnis. Nebenstehend abgedruckt, sei sie der eingehenden Beachtung der Mitglieder empfohlen. In dem zwischen der dritten und dieser vierten Statistik liegenden Zeitraum von drei Monaten sind noch rund 5000 Mann aus unsern Reihen zum Militär einberufen worden. Nahezu ein Drittel der Mitgliederzahl vom ersten Halbjahrschluß 1914 ist nunmehr dem Berufe entzogen. Es wird mit weiterer beträchtlicher Erhöhung der heerdienstpflichtigen Kollegen zu rechnen sein. Daß darin die wesentlichste Ursache des Rückganges der Arbeitslosen wie auch der Zunahme der Vollbeschäftigten zu erblickt ist, darüber herrschte Übereinstimmung in der Kriegskommission. Wie schlimm es mit der Arbeitslosigkeit bei uns gestanden hat, zeigt auch ein Blick auf die Zahl der zu andern Berufen übergegangenen Mitglieder. Eine Zunahme dieser unfreiwillig sich anderweitig betätigenden Kollegen von 4 auf 7,8 Proz. bis Ende Januar 1915 beweist wohl, daß der Beschäftigungsgrad bei den Buchdruckern noch zu einem Zeitpunkt ungünstig war, als in andern Gewerben die Besserung schon bemerkbarer in die Erscheinung trat. Gewiß ist der Rückgang der Arbeitslosigkeit bei uns um 14 Proz. seit dem 31. Oktober erheblich zu nennen und mit 8,5 Proz. Arbeitslosen zu Ende Januar sind

die Kollegenchaft im allgemeinen dem, was eine so außergewöhnliche Zeit von uns verlangt.

In diesem Zusammenhange sei erwähnt, daß die Kriegskommission auch gegen die neuerlich in der „Zeitschrift“ beliebte Art der Kritik an Handlungen einzelner Gehilfen sich mit aller Entschiedenheit wandle. Die maßgebenden Stellen im Verbands haben Angehörigkeiten auf Gehilfenseite stets verurteilt und sind auch mit entsprechenden Maßnahmen dagegen eingeschritten, wo sich eine Notwendigkeit dazu ergab. Aber wie in der „Zeitschrift“ sich kürzlich eine Aufschrift gleich in den größten Verallgemeinerungen und Übertreibungen erging — gemeint ist die in Nr. 24 des „Korr.“ bereits abgeführte Notiz „Maschinenmeister und Kriegszeit“ aus Nr. 14 der „Zeitschrift“ — und auch die Redaktion des Prinzipalsorgans in einem Nachsatz dazu die falsche Behauptung von den sich mehrenden tariflichen Angehörigkeiten der Gehilfen während der Kriegszeit noch unterstrich, das dürfe unter keinen Umständen geduldet werden. In der Gehilfenchaft sei es keineswegs Brauch geworden, sich über tarifliche Pflichten und Rechte jezt hinwegzusetzen oder sich als Diktatoren aufzuspielen, vielmehr habe man vieles hingenommen und geduldet; von nicht wenigen Personalien sind die gestellten Zumutungen oder einfach diktierten Anordnungen ungehöriger Art oben drein verschwiegen worden. Es sei hier tatsächlich nicht im Einzelfall, sondern von einer großen Zahl Vorkommnisse bedenkllicher Art zu sprechen. Im „Korr.“ hätte viel und bittere Kritik geübt werden müssen, wenn nach der neuen Methode auch den Prinzipalen gegenüber verfahren worden wäre. Ganz bekannte Prinzipale hätten zum Kapitel der tariflichen Angehörigkeiten schwerwiegendes, einwandfrei festgestelltes Material geliefert. Die Gehilfen seien aber den Weg des tariflichen Rechtes gegangen und hätten durch Anrufung der Schiedsgerichte oder der Tarifinstanzen auch abwehren können, was als tarifliche Angehörigkeiten anzusehen sei. Dabei wurde immer noch den besonderen Verhältnissen dieser Zeit Rechnung getragen. Die Gehilfen müssen verlangen, daß seitens der Prinzipale die vorzubringenden Beschwerden ebenfalls dort zur Prüfung und Beurteilung unterstellt werden, wo die Gehilfen direkte oder verschleierte Verfehlungen gegen den Tarif zur Sprache zu bringen haben. Wenn die Redaktion der „Zeitschrift“ solche verallgemeinernde Anschuldigungen aus Einzelfällen heraus nicht anders zu behandeln wisse, als sie noch zu unterstreichen, so sei das bedauerlich. Die Redaktion des „Korr.“ müsse beweiskräftige Anklagen gegen Prinzipale eventuell zur öffentlichen Kenntnis bringen, wenn in der „Zeitschrift“ weiterhin das Mittel zuerzucht in Anwendung gebracht wird, das nach der tariflichen Ordnung als letztes in Betracht zu kommen habe. (Nach einer Redaktionsanmerkung in der „Zeitschrift“ zu einer neuerlichen, ein Teil gemäßigter gehaltenen

Kritik über das Verhalten eines Linotypsetzers scheint man nun ja den korrekten Weg einhalten zu wollen.

In organisatorischen Angelegenheiten war ein sehr reichlicher Beratungsstoff zu bearbeiten. Es kam zum Ausdruck, daß verschiedenlich ein Zuviel auf dem Unterstützungsgebiete gelte und die tariflichen Beiträge demgemäß oftmals zu stark erhöht worden seien. Hier habe baldigst Änderung einzutreten. Die Familienunterstützung solle aber nach gegebener Möglichkeit weitergeführt werden. Der Steuerkraft der Mitglieder dürfe nicht zuviel zugemutet werden. Die Reduzierung der Löhne bis auf das Minimum sei nicht so selten gewesen — was auch kein Dauerzustand sein sollte! — und die in schärfer Form fortschreitende Verteuerung aller Lebensbedürfnisse erheische ebenfalls Berücksichtigung der tatsächlichen Lage der Mehrzahl der Kollegen.

Erwägungen verschiedener Art und nicht zuletzt auch der Umstand, daß die bisherige Form der Verbandsbeiträge den durch den Krieg ohnehin schon sehr kompliziert gewordenen Verwaltungsapparat noch erschwere, führten dazu, die Beiträge auf solche nicht weiterzuführen. Der Verbandsbeitrag ist vom zweiten Quartal an einheitlich 1,50 Mk., die Mitglieder haben also 20 Pf. weniger zu bezahlen. Die während des Krieges bisher auf 250 Wochen bemessene Karenz zum Bezuge der Unterstützung für vorübergehend Arbeitsunfähige wurde auf 150 Wochen herabgesetzt.

Einen wichtigen Punkt bildeten die vom Verbandsvorstande vorgelegten Grundzüge für die Behandlung der vom Militär entlassenen verwundeten oder kranken Mitglieder. Die Kriegskommission gab ihnen nach ausgiebiger Diskussion ihre Zustimmung. Der Verbandsvorstand wird auch hier, wie in besonders gelagerten Fällen anderer Art während des Krieges, liberal verfahren; aber alle Folgen des Krieges auf die Organisation zu übernehmen, ist unmöglich. Hierüber wie über die Regelung weiterer Fragen wird den Vorständen noch ein Zirkular der Verbandsleitung zugehen, das entsprechende Anweisungen enthält, nach denen überall Schritte zu unternehmen sind.

Es wurden ferner alle bemerkenswerten Ereignisse während der Kriegszeit besprochen, die von den Gewerkschaften angemessene Haltung als nützlich anerkannt und im Zusammenhange damit auch zum Ausdruck gebracht, daß das Verbandsorgan allen Erfordernissen in dieser Richtung inhaltlich vollauf gerecht werde.

Der Verbandsvorstande drückte zum Schluß seine Befriedigung über den guten Verlauf der Konferenz aus, erhoffte auch von den jezt getroffenen Entscheidungen und Maßnahmen das Beste für die Organisation und erneuerte den Wunsch, auf baldige Wiederkehr friedlicher und normaler Verhältnisse.

wurde noch dadurch erhöht, daß mit dem Wochenbeginn unten angefangen wurde, wodurch tageweises Abtrennen möglich ist.

Zu dem Wandkalender für das „Vollsbatt“ in Bochum gelangten Autotypschleues nach dem patentierten Verfahren von Hans Rißhöft-Peteren zur Verwendung. Der ganze Satz wurde zunächst sorgfältig in der Kochschiff hergestellt. Von den Hauptteilen und dem Mittelfeld, das in einem ausgesparten Kreis eine Stegdruckpresse in schwächerer Farbnuance zeigt, fertigte man dann die Ritzschneide an. Das Prinzip dieser Erfindung, einen Sabadruck mittels Photographie auf gemuffertem Hintergrund in Reliefwirkung wiederzugeben, ist hier praktisch gut gelöst worden. Die mit einfachen Mitteln bei einem Druckgang erzielte Wirkung ist nur zu loben, wozu die schraffierte Linie als Umrandung wesentlich beiträgt.

Eine humoristische, farbenprächtige Zeichnung verleiht der Rückwand des Blockkalenders der Farbenfabrik Springer & Müller in Leipzig einen eigenartigen Reiz. Jung-Deutschland und Österreich sind mit vereinten Kräften bemüht, drei Kinderballons, auf welchen die Köpfe eines Russen, Franzosen und Engländer angebracht sind, in Schach und Bann zu halten. Ein Irisdruck bildet zum Tageslocht das Deckblatt.

Die feste Rückwand und das Deckblatt zu dem großen Blockkalender der Buchdruckerei H. Meike & Co. in Braunschweig ist eine ansprechende Buchdruckerarbeit. Der Gesamtindruck wird aber sofort verwirrt, wenn das Deckblatt entfernt und der Fabriklocht in die Erscheinung tritt. Daß die Jahreszahl 19—15 je zur Hälfte oberhalb des dicken Blocks angebracht wurde, verdient keine Nachahmung.

Der zweifelhafte Wandkalender der „Kallechen Zeitung“ will in unsre heutige Zeit nicht mehr recht hineinpassen.

□ Aus dem Genossenschaftsleben □

Notwendigkeiten der Gegenwart und der Zukunft.

Die Beschlagnahmeverordnungen des Bundesrats zusammen mit der bebrüderlichste organisierten Verteilung von Lebensmitteln usw. — Brot, Mehl, Kartoffeln, Erdöl — bringen Fragen zur Erörterung, welche auch nach der Beendigung des Krieges nicht so leicht verschwinden werden. Es ist mit Bezug auf die vorwärtigen Aufgaben vor allem die Frage: Staatlicher Zwang oder freie Initiative zur genossenschaftlichen Organisation?

So notwendig der staatliche Zwang zur Organisation der Lebensmittelverteilung unter dem Drucke der gegenwärtigen Verhältnisse ist; kann es doch keinem Zweifel unterliegen, daß ein solcher Zwang in normalen Zeiten von der Bevölkerung ohne weiteres abgelehnt werden würde. Die Begriffe Zukunftsstaat = Zukunftsstaat sind für solchen Zwang durch parteipolitische Schlagworte identisch geworden. Und wenn man der Bevölkerung den jezt ausgeübten staatlichen Zwang für die Brot- und Mehlversorgung als das erstrebenswerte Ziel der organisierten Warenverteilung angreifen wollte, so würde eine solche Organisation nicht nur glatt abgelehnt, sondern es käme eine unerwünschte Herabsetzung der genossenschaftlichen Organisationsform des Wirtschaftslebens heraus, sobald der Staat seine Finger dazwischen hätte. Von einer staatlichen Organisation der Warenverteilung mit dem Beleghe des Zwanges kann demnach unter normalen Verhältnissen keine Rede sein. Da sich aber doch der Stern der Frage, nämlich die Organisation überhaupt, nicht nur als notwendig in Kriegszeiten, sondern als zweckmäßig überhaupt erwiesen hat, bleibt nur übrig, das eine zu wählen und das andre zu vermeiden.

Die Organisation soll da sein, aber nicht durch Zwang des Staates, sondern durch dessen Förderung. Ein einfacher Wortwechsel, der aber zugleich die große Verschiedenheit der Begriffe enthält. Sezt man an die Stelle des Zwanges die Förderung, so ist Vorbedingung, daß die Organisation als Mittelpunkt der Frage von einem andern Faktor gebildet wird als vom Staate. Dieser andre Faktor kann nur die Bevölkerung selbst sein. Sobald aber die Bevölkerung die Organisation schafft, tritt ganz von selbst die freie Initiative an die Stelle des Zwanges. Alle Vorschriften und Bedingungen einer solchen Organisation sind Ausflüsse selbstgewählter Verwaltungskörper, die ihre Befugnisse kraft Willens der Organisationsmitglieder ausüben, während bei der staatlichen Zwangsorganisation der Wille des Verwaltungskörpers, die Staatsgewalt, der Bevölkerung gegenübersteht. Es ist wiederum kein Zweifel, daß die Wirtschaftsdemokratie — denn das ist die freie Initiative der Bevölkerung zur genossenschaftlichen Organisation — der Bürokratie vorzuziehen ist und vorgezogen werden wird. Für den Staat kann nur die Förderung der Wirtschaftsdemokratie übrig bleiben, nachdem die ökonomische Zweckmäßigkeit der Organisation des Wirtschaftslebens erkannt ist.

Und was ist denn diese freie Initiative heutiger Tages anders als die in greifbarer Wirklichkeit vorhandene genossenschaftliche Organisation des Volkes? Die Gezielte hat allerdings den Rahmen für diese Organisation gepulst, aber innerhalb dieses Rahmens ist volle und freieste Betätigungsmöglichkeit der Wirtschaftsdemokratie vorhanden, die sich lediglich nach ökonomischen Zweckmäßigkeitsformen und -fragen richtet und die keines staatlichen Zwanges mehr bedarf. Der Krieg hat die schlagendsten Beispiele hierfür aufzulegen gefördert.

Als die Mobilmachung wie ein Sturmwind durch unsre Lande brause und die Warenmagazine der Fabrikanten, Großhändler und Detailisten zum Leeren brachte, zeigten die großen Genossenschaften der Konsumenten fast selbsttätig

Die Firma W. Meier, Buchdrucker, Berlin S., hat diesmal den seit mehreren Jahren für ihren Wandkalender geschätzten Schmuck aufgegeben und eine gute Sache vorzuziehen. Das Kalendarium ist aus der Schwabacher gelöst und über jeder Spalte sind die Supplementmonatszeichen angebracht. Die wirkungsvollen Schmuckstücke werden durch einen hellblauen und chamotsen Ton belebt, welcher auch der Umrahmung zugute kommt. In ihrer Gesamtwirkung ist die Arbeit gut zu nennen. — Außer dem Wandkalender widmet die Firma ihren Geschäftsfreunden alljährlich eine praktische Schreibunterlage.

Die Berliner Buch- und Kunstdruckerei G. m. b. H. in Berlin und Josten verbande als Neujahrsgabe zwei gut ausgestattete Wandkalender. Auf dem größeren ist ein Tages- und Monatsblock angebracht, während der kleinere neben dem Tagesblock noch ein Kalendarium aufnimmt. Auf dem Deckblatt des Monatsblocks sehen wir einen Engel die Friedenstafel schwingen. Im Innern wechseln die praktisch angelegten Blätter des Kalenders mit Reklamemotiven, welche die Leistungsfähigkeit des Hauses aufs beste zur Geltung bringen.

Der „Forderung des Tages“ entspricht in vollem Maße der von der Nauckischen Buchdruckerei in Berlin S 14 herausgebrachte Wochenabreißkalender. Das schwarz-weiße umrandete Deckblatt des Blocks ist mit dem Medaillonbild Kaiser Wilhelms im Eisenkranz und Krone geschmückt. Darunter ist kein Kampf bei Beginn des Weltkrieges angebracht. Die Rückwand trägt oben die Firmenzeilen und ist mit einem grauen Ton belegt, woraus die Tage und Datumszahlen auf ausgesparten weissen Flächen wieder klar hervortreten. Als Umrahmung des Ganzen wählt man eine Eisengirlande, die in den beiden oberen Ecken durch das Eisene Kreuz unterbrochen wird. Die praktische Brauchbarkeit des perforierten Wochenblocks

fördert er mit Bezug auf die weitbewegenden Ereignisse mit vier Autotypschleues geschmückt ist. Bei einer besseren Aufteilung der Fläche, geringerer Ornamentierung und zwei Farben (anstatt vier) hätte sich bei sorgfältiger Verwendung des vorhandenen Materials eine zeltgemäße Arbeit erzielen lassen. Durch die Wahl eines leichten Kartons wäre noch das nachträgliche Aufziehen seitens der Abonnenten überflüssig geworden.

Auch bei dem 37×50 cm großen Wandkalender für die „Hessische Post“ müssen wir das vorher über die Papierwahl Besagte nicht unterstreichen. Eine gut gelöste Arbeit, welche ein Jahr lang in Benutzung bleiben soll, in drei Farben (Schwarz, Rot und Grün) auf Zeitungspapier zu drucken, erscheint uns doch zu widersinnig.

Als ein Pionier der illustrierten Kunstgeschichte Frankens kann der bekannte Kunstkalender „Allrährliche Bilder“ (Verlag der Königl. Universitätsdruckerei S. Störck A.-G. in Würzburg) angesehen werden. Wie der Verfasser Dr. Theodor Kemmer im Vorworte zum 21. Jahrgange betont, wäre ein völliges Verstummen dieser friedlichen Bestrebungen selbst in dieser sturmbelegten Zeit nicht raffan gewesen, amal durch die Vorgänge in Belgien bewiesen wurde, daß jedem ebedenkenden Sohn unsres Volkes der Schutz von Baudenkmälern zur andern Natur geworden sei. Zahlreiche Abbildungen und instruktive Artikel gereichen auch der vorliegenden Ausgabe zur Zierde. Der Umhang gibt Kunstwerke aus der Würzburger Katakomben in voller Farbenpracht wieder.

In einer späteren Zeit werden diese besonderen Kriegsdokumente — sofern sie unter diese Klassifizierung fallen — erhöhtes Interesse haben, weswegen wir der Buchdruckerzeitgenossenschaft auch zeigen wollten, wie sich der Krieg selbst bei den Neujahrskarten und Kalendern geäußert hat.

ihre Bedeutung: man setzte einfach Umfang oder Zahl der abzugebenden Warenmengen nach dem vorhandenen Bestande und dem überfließenden Bedürfnis der Mitglieder fest — und die Regelung der Warenverteilung auch unter schwierigen Verhältnissen hatte sich in einfachster Weise vollzogen! Als die Mehlbeschlagnahme erfolgte und die Brotproduktion der Konsumvereinsbäckereibetriebe um die Hälfte durch staatlichen Zwang eingeschränkt wurde, gaben die Konsumvereine als erste Warenvermittler Mehl- und Brotkarten aus, auf Grund deren die Einteilung und die Abgabe der Ware erfolgte. Das gleiche geschah oder geschieht bei großen Konsumvereinen mit Brennstoffen, Erdöl usw. Alles aus eigenem Ermessen, ohne jeden staatlichen Eingriff!

Die Gemeinden im Auftrage des Staates oder nach den Vorschriften des Bundesrates greifen zur gleichen Regelung. Aber die Schwierigkeiten sind hier unendlich viel größer, weil die Behörden es nicht mit gleichgesinnten organisierten Mitgliedern zu tun haben, sondern mit einem Chaos. Der Zwang wird immer als lästig empfunden, und sicher möchte niemand die staatliche Einrichtung gleicher Maßregeln, wie sie die Genossenschaft vorher schon aus freier Initiative getroffen hat, als normalen Zustand begründen.

So bleibt für den Staat nur die Förderung der genossenschaftlichen Organisationsgebilde übrig, um eine Entwicklung zu ermöglichen, die allmählich die großen Massen der Bevölkerung genossenschaftsorganisatorisch in Wirtschaftsdemokratien umfaßt. Das ist die Lösung der Frage: staatlicher Zwang oder freie Initiative?

Dass die Förderung der konsumgenossenschaftlichen Organisation eine Notwendigkeit im Staatsinteresse ist, hat der Krieg mit seinen wirtschaftlichen Folgeerscheinungen gezeigt. Sie ist auch nichts Neues, denn der Staat hat die genossenschaftlichen Organisationen schon seit Jahrzehnten gefördert. Aber nicht alle. Nur die landwirtschaftlichen und die Handwerkerorganisationen konnten sich solcher Förderungen rühmen, die so weit gingen, daß einzelnen Gruppen derselben zum Besuche von staatlichen Ausbildungskursen sogar das tägliche Gehalt neben Beihilfeleistungen im weitesten Umfange gewährt wurde. So ist z. B. vor einiger Zeit in einem konsumgenossenschaftlichen Fachblatt das Ausschreiben einer Staatsbehörde über die Abhaltung eines genossenschaftlichen Unterrichtskurses für Einkaufsgenossenschaften veröffentlicht worden, in welchem es u. a. hieß:

Die Zentralstelle beabsichtigt in . . . im Falle genügender Beteiligung einen Unterrichtskurs für Einkaufsgenossenschaften abzuhalten. Dabei sollen einzelne Handwerker behufs künftiger Errichtung neuer Genossenschaften mit den für deren Gründung, Einrichtung und Geschäftsführung erforderlichen Kenntnissen ausgerüstet, gleichzeitig aber auch Geschäftsführern, Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern bestehender Genossenschaften Gelegenheit zur Erweiterung ihrer Kenntnisse in Beziehung auf die Einrichtung und Verwaltung ihrer Genossenschaften gegeben werden.

Außerdem werden in der Regel den am Kurse teilnehmenden, außerhalb . . . wohnenden Handwerkern, ohne daß hierzu der Nachweis einer besonderen Bedürftigkeit erforderlich wäre, aus Mitteln der Handwerkskammern und Gemeinden Geldentschädigungen für Zeiterwinnung während der Kursdauer und für erhöhten Lebensaufwand während der Abwesenheit von ihrem Wohnort in der Höhe von täglich 7—8 Mk. gewährt.

An dem Kurse können außer selbständigen Handwerkern und Geschäftsführern, Vorstands- und Aufsichtsratsmitgliedern von bestehenden Einkaufsgenossenschaften auch Sekretäre von Handwerkskammern und Gemeinde- und Staatsbeamte teilnehmen.

Wie man sieht, handelt es sich um eine sehr weitgehende Förderung des Genossenschaftswesens, welche übrigens in allen Bundesstaaten zu beobachten ist. Davon sind bis jetzt die Konsumgenossenschaften ausgeschlossen gewesen. Diese werden wohl auch in Zukunft auf materielle Förderung verzichten, um staatlichen Zwangseinfluss fernzuhalten; aber die ideelle und moralische Förderung durch den Staat in Aktien der Befehlsgebung oder der Verwaltung werden sie künftighin beanspruchen und hoffentlich auch bekommen, denn: der Krieg ist ein unerlöschlicher Lehrmeister. Er hat nicht nur gelehrt, daß umfassende Wirtschaftsorganisationen im Frieden vorbereitet werden, sondern auch, daß sie auf freier genossenschaftlicher Initiative beruhen müssen. Mit Förderung des Staates unter Ausschluß von Zwang!

□ □ □ □ Korrespondenzen □ □ □ □

W. Chemnitz. In der am 13. Februar abgehaltenen Generalversammlung, die sehr gut besucht war, gedachte der Vorsitzende zunächst unserer bei der Verteilung der heimatischen Scholle in der Blüte ihrer Jahre auf dem Felde der Ehre gefallenen Kollegen Paul Thomas, Otto Döhne, Karl Barth, William Spiel, Kurt Degenhardt, Will Schubert, Max Sörbich und Hans Meißel sowie des hier verstorbenen Kollegen Paul Kadon. Der Jahres- und Kassabericht lag gedruckt vor und wurde ohne Debatte genehmigt. Die Mitgliederzahl betrug am Jahresanfang 559, am Schluß nur noch 389. Die Zahl unserer „Feldgrauen“ stieg auf 170. Die Kaserverhältnisse unseres Ortsvereins sind gute zu nennen. An die Frauen der im Felde stehenden Kollegen wurden zu Weihnachten 690 Mk., an arbeitslose nichtbezugsberechtigte und invalide 324 Mk. sowie an 22 Kinder verstorbenen Kollegen 330 Mk. Extrant-

stellungen verausgabte. Die Stadt leistete bis zum Jahres- schluß an unsere Arbeitslosen einen Zuschuß von 1213,50 Mark; der Zuschuß der Stadt wurde erfreulicherweise in letzter Zeit an Verbeitrate von 50 Pf. auf 1 Mk., an Ledige von 30 Pf. auf 50 Pf. pro Tag erhöht. Durch Antrag aus der Mitte der Versammlung wurde der Vorstand ersucht, in der jetzigen ersten Zeit seine Arbeit weiter zu befehlen; dem Antrage wurde zugestimmt, und der Gesamtvorstand erklärte sich hierzu bereit. Dem Vereine für Schwindluchtsbekämpfung wurde auch in diesem Jahre wieder 25 Mk. übermiesen. Nachdem noch einige familiäre Angelegenheiten erörtert worden waren, forderte der Vorsitzende die Kollegen auf, auch die nächsten Versammlungen so zahlreich zu besuchen.

Dresden. Die Maschinenlehrgeneralversammlung am 7. Februar war trotz allen Kriegslärms gut besucht; namentlich hatten es sich verschiedene auswärtige Kollegen nicht nehmen lassen, zu erscheinen. Auch unser Gauvorkauf durch drei Kollegen vertreten, voran Gauvorsitzer Wendische. Aus dem Jahresberichte, den unser Vorsitzender Wandrei gab, war zu entnehmen, daß fast ein Drittel unserer Mitglieder ins Feld rücken mußte, und daß die Zurückbleibenden schwer mit Arbeitslosigkeit zu kämpfen hatten, ausleben oder verkürzt arbeiten mußten. Neu ausgefüllt sind im Gau Dresden neun Ansoptes und zwei Typographen. Die Zahl der Mitglieder ist um 12 (auf 167) gewachsen. Durch den Tod wurden uns vier Kollegen (davon drei auf dem Felde der Ehre) entzissen, die in üblicher Weise geehrt wurden. Die Frauen der zum Meer einberufenen Mitglieder erhielten zu Weihnachten eine Beihilfe von je 5 Mk. Nachdem der Kassierer Giffler den Kasenbericht gegeben, wurde ihm Entlastung erteilt. Der Kasenbericht (225 Mk.) ist gegen das Vorjahr um 200 Mk. niedriger, verursacht vorwiegend durch den Ausfall eines Teils der Beiträge während des Krieges und der Fahrt zur Buchgewerbeanstellung. Die Tagesordnung wurde glatt abgewickelt, doch erregten besonderes Interesse die beiden Vorträge: „Die wirtschaftliche Bedeutung der Einführung der Sehmachine“ (Sörbich) und der technische Vortrag über das neueste Typographiemodell (Lender). Der Versammlungsbesuch war im abgelaufenen Geschäftsjahr ein guter zu nennen, an dem wohl nicht zum wenigsten die verschiedenen Vorträge (in jeder Versammlung einer oder zwei) ihr Teil dazu beitrugen. Mit dem Wunsche, daß dies unsere erste und letzte Generalversammlung sein möge, die wir in diesem Kriege erleben, schloß der Vorsitzende. — Ein gemütliches Beisammensein hielt die Kollegen mit ihren Damen noch lange beisammen.

W. Freiburg i. Br. Auf eine 50jährige Laufbahn als Buchdrucker kann am kommenden 10. März unser von allen hochverehrter Kollege Gustav Härtel zurückblicken. Seit dem Eintritt in den Gehilfenstand (1869) dem Verband angehörend, ist er wohl einer von den ältesten noch im Berufe tätigen Verbandsmitgliedern. Wenn ein Kollege es verdient hat, öffentlich und durch die Allgemeinheit geehrt zu werden; dann ist es der Jubilar. — Nach er doch allezeit am „Gewerkständchen“ neben dem „regiment“ Anteil und noch heute zählt er zu den regelmäßigen Versammlungsbesuchern, so vielen Jungen ein nachahmenswertes Beispiel bietend. Leider ist die gegenwärtige Zeit nicht dazu angehen, Feste zu feiern, und der Jubilar muß sich darum begnügen mit der Versicherung, daß die gesamte Kollegenchaft Freiburgs den Ehrentag im Geiste mit ihm verleben wird.

Hg. Hannover. Konnten wir im letzten Jahre von aufbelebten Versammlungen sprechen, so ist das von der am 16. Februar abgehaltenen Mitgliederversammlung leider nicht zu sagen. Hossen wir, daß dies nur eine Ausnahmeerscheinung war und daß in Zukunft das Vereinsinteresse sich in allgemeiner Weise zeigt — früh Weltkrieg. Leider hat letzterer weitere elf Opfer gefordert, und zwar die Kollegen F. Bruns, W. Eichhoff, A. Nordmann, S. Namenhoff, W. Langmann, C. Wötter, S. Koch, L. Ewers, G. Kellner, A. Knoke und S. Kuckert; ferner sind verstorben W. Hartmann, L. Blume, F. Riehe und Invalide A. Amberg. Das Andenken der Verstorbenen wurde in üblicher Weise geehrt. Zur Aufnahme in den Verband gemeldet hatten sich zwei Kollegen, während einer dem Ausschusse verfiel. Vorsitzender Liche machte dann die Mitteilung, daß bis jetzt 11 500 Mk. aus Lokalvereinsmitteln — unter Zustimmung der Extraktoren — für die Angehörigen der zum Kriegsdienst Einbezogenen verausgabt worden seien. Da die Zahl der letzteren eine immer größere geworden ist, so mußten die Unterstützungssätze leider auf die Hälfte heruntersetzt werden. Aber 500 Mitglieder befinden sich unter den Fahnen. Sodann hielt Reichstagsabgeordneter Kollege G. Fischer einen Vortrag über die Kriegsfürsorgegesetze, der beifällige Aufnahme fand.

ckh. Köln. Die Bestrebungen des Vorstandes, durch regelmäßiges Abhalten von Versammlungen das Zusammengehörigkeitsgefühl der Mitglieder zu stärken, scheint bei einem großen Teile der Kollegen keinen fruchtbareren Boden zu finden. Der schwache Besuch der Monatsversammlung am 14. Februar zeigte leider recht deutlich, daß es bei vielen an dem guten Willen fehlt, an gemeinsamer Arbeit teilzunehmen. Zunächst mußte der die Versammlung leitende Kollege Möller bekanntgeben, daß uns der Krieg wieder zwei Kollegen aus unser Reihen gerissen habe, die Kollegen Kemper und Klüber, deren Geschick ein ganz besonders tragisches gewesen. Ihr Andenken wurde in der üblichen Weise geehrt. Seit Anfang des Jahres sind weitere 40 Kollegen zum Militär einberufen worden. Während noch 15 Sandleser arbeitslos sind, zeigt sich ein Mangel an Maschinenmeistern und Maschinenführern. Nach Erledigung von drei Neuaufnahmen mußten wieder vier Kollegen wegen Reisen zum Ausschluß empfohlen werden.

Die Abrechnung über das vierte Quartal fand keine Einwendungen und dem Kollegen Möller wurde einstimmig Entlastung erteilt. Der Vortrag des Redakteurs Herrn Meerfeld „Theater und Volk“ wurde sehr beifällig entgegengenommen. Aus der Mitte der Versammlung wurde angeregt, künftige die Räume für Abhaltung von Versammlungen von Seiten des Vorstandes mietweise zu übernehmen um damit zu ermöglichen, daß die Versammlungsbesucher nichts zu verzehren brauchen. Der Vorstand erklärte sich bereit, diesem Vortrage näherzutreten. Die nächste Versammlung findet erst im April statt.

Mainz. Inre diesjährige Bezirksgeneralversammlung fand am 14. Februar statt. Leider war der Besuch durch den Umstand, daß sich innerhalb 14 Tagen zwei Bezirksgeneralversammlungen notwendig machten, etwas beeinträchtigt. Die umfangreiche Tagesordnung fand in allen Teilen glatte und beifriedigende Erledigung. In einem Selbstpostbriefe wünschte stellvertretender Vorsitzender Weyrich und in einem Telegramm gemeinsam mit mehreren bei einem Landsturmbataillon stehenden Kollegen der Generalversammlung besten Verlauf. Der Vorsitzende dankte diesen Kollegen für das bekundete Interesse an der Organisation, das für manchen der zurückgebliebenen Kollegen vorbildlich empfohlen werden könne. Zwei vorliegende Aufnahme-gesuche fanden dadurch Erledigung, daß der eine Kollege Mainz bereits wieder verlassen hat, und der weiteren Mitgliedschaft des andern Kollegen nichts im Wege steht, weil vor einigen Jahren sein Austritt aus der Organisation wegen Abganges vom Beruf ordnungsgemäß erfolgte. Den Jahresbericht des Vorsitzenden erstattete Kollege Conradi wie alljährlich in grobangelegter Weise. In umfassenden Darlegungen verbreitete sich Redner über die organisatorische und gewerbliche Lage in der ersten Hälfte des Berichtsjahres, machte eingehende Ausführungen über die durch den Kriegsausbruch für das Gewerbe und unsere Organisation geschaffene Situation und be sprach die von den maßgebenden Instanzen des Verbandes und der Tarifgemeinschaft dagegen getroffenen Maßnahmen. Bis Mitte Dezember standen 163 Kollegen des Bezirks unter den Fahnen, davon haben leider schon 12 den Soldaten erlitten. Der Mitgliederstand des Bezirks ist von 421 am Schluß des zweiten Quartals 1914 auf 284 (einschließlich 11 Invaliden) Ende des vierten Quartals gekunken. Da in der Einberufung zum Heeresdienste noch kein Stillstand eingetreten ist, wird wohl die Mitgliederzahl eine weitere Reduzierung erfahren. Den Kasenbericht erstattete Kollege Mann und den Bericht der Reichsliste Kollege Ratke. Sämtliche Berichte fanden ohne Besprechung die Zustimmung der Versammlung. Die von den Revisoren beantragte Rechenschaftsrechnung erfolgte in der üblichen Weise. Die Entschuldigungen für den Vorstand, die Revisoren, Gewerbegerichtsbekämpfer und Kartelldelegierten wurden in der gleichen Höhe wie im Vorjahre bewilligt, mit Ausnahme der Remuneration des Kassierers, die im Hinblick auf die gesteigerte Arbeitsleistung während der letzten Jahre und „Belohnung“ seit Kriegsausbruch um 100 Mk. pro Jahr erhöht wurde. Der Vorstand wurde in seiner seitherigen Besetzung mit Einschluß der beiden im Felde stehenden Kollegen per Akklamation einstimmig wiedergewählt. Bis zur Rückkehr dieser beiden Kollegen werden bleiben die kurz nach Kriegsausbruch an deren Stelle gewählten Kollegen im Amt. Als Revisoren und Kartelldelegierten wurden die seitherigen Inhaber dieser Funktionen wiedergewählt. Der Punkt „Organisatorische und familiäre Angelegenheiten“ zeitigte die Besprechung einiger Vorkommnisse lokaler Natur, die bisher nicht zu Weiterungen führten. Zum Schluß dankte der Vorsitzende der Versammlung für das der Verwaltung erneut entgegengebrachte Vertrauen, erwartete von den zurückgebliebenen Kollegen in dieser schweren Zeit eifrige Teilnahme an Organisationsleben und gedachte der aufopfernden Tätigkeit der im Felde stehenden Kollegen, ihnen allen eine baldige, glückliche Heimkehr wünschend.

Wiesbaden. (Maschinenlehrgewerbeverein.) Inre Generalversammlung am 31. Januar erfreute sich eines guten Besuchs. An der Hand des Jahresberichtes streifte der Vorsitzende die Vorgänge des verflochtenen Jahres. Am 5. Juni 1914 waren es zehn Jahre, daß unser Verein bestand, eine vorgegebene Fester wurde infolge des Krieges hindällig. Von unsern Mitgliedern stehen zurzeit 12 im Felde. Der Verein beauftragte sich an den Weihnachtsgaben für die im Felde stehenden und für die arbeitslosen Kollegen des Ortsvereins mit einem Betrage von 50 Mk. Der Mitgliederstand beträgt 40. Im weiteren Verlaufe der Versammlung legte der bisher amtierende Vorstand bis auf den Kassierer sein Amt nieder. Der Kasenbericht wurde genehmigt und dem Kassierer Entlastung erteilt. In den neuen Vorstand wurden u. a. gewählt die Kollegen Alfred Bernheim als Vorsitzender und Peter Herold als Kassierer.

□ □ □ □ □ Rundschau □ □ □ □ □

Ausreichendes Angebot von Bewerbern im Ausbildung an der Sehmachine. Zur Ausbildung an der Sehmachine haben sich dem Tarifamt so zahlreiche Bewerber zur Verfügung gestellt, daß die Einreichung weiterer Bewerbungen nicht mehr gewünscht werden kann. Das Tarifamt bittet die interessierten Stellen, hiervon Kenntnis zu nehmen. Die bisherigen Bewerber sind inzwischen von der Vormerkung ihres Gesuchs benachrichtigt worden.

Kriegsneid im deutschen Zeitungswesen. Über die allgemeine Lage der deutschen Zeitungen veröffentlichte die „Korrespondenz des Evangelischen Presseverbandes für (Fortsetzung in der Beilage.)“

Korrespondent für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

Eingehummern 5 Pfennig das Exemplar, solche mit Altemer Ercheinungsdatum bis zu 25 Pfennig.

Beilage zu Nr. 27 — Leipzig, den 9. März 1915

Redaktionschluss: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend früh zur jeweilig nächsten Nummer.

(Fortsetzung aus dem Hauptblatt.)

Deutschland" kürzlich u. a. folgendes: "Nach dem neuesten Nachtrage der Postzeitungssätze haben 864 Zeitungen seit dem Ausbruch des Krieges ihr Erscheinen eingestellt. Der Nachdruck der Zeitungen ist durch den Wegfall des größten Teils der Anzeigen entstanden. Das sollten alle bedenken, die in der jetzigen Kriegszeit fortwährend mit Erdrücken um kostenlose Aufnahme von Anzeigen herantreten, auch wenn es sich um woblthätige Zwecke handelt. Die Zeitungen bringen ohnehin schon ganz ungemöhnliche Opfer für den Krieg. Im „Setzungsverlag“, dem Organe des Vereins Deutscher Setzungsverleger, sind in der letzten Zeit unter der Rubrik „Die Opfer der Presse“ blühende Beweise dafür erbracht worden, die jüngst die „Königliche Volkszeitung“ noch eindringlich unterfüttert hat. Wir heben daraus folgende Stellen hervor, die von dem deutschen Lesepublikum sehr beachtet werden sollten: „Es muß wohl kein Gewerbe in dieser Kriegszeit schwerere Opfer bringen als das Setzungsvergerbe. Nicht genug, daß die Rohmaterialien erheblich verteuert sind; auch die übrigen Anforderungen, die an das Druckereigewerbe gestellt werden, sind geradezu ungeheuerlich. Man findet es vielfach selbstverständlich, daß die Zeitungen täglich tausende Exemplare für den Kriegslieferanten kostenfrei hergeben, und berechnen in den meisten Fällen nicht, daß diese täglichen Gratisexemplare für Lazarett, Krankenhäuser usw., wenn man sie monatlang vorsetzt, eine recht erhebliche Belastung ausmachen. Nicht minder erheblich sind die Opfer, die der Inseratenteil der Presse erfordert. Abgesehen davon, daß die deutsche Geschäftswelt vielfach in nicht gerade verständnisvoller Weise davon ablieht, für ihre Abzählartikeln während der Kriegszeit Reklame zu machen — in Wien und im Auslande kann man das umgekehrte Verfahren beobachten —, helfen Militär-, Staats- und Stadtbehörden an die Tageszeitungen fortgesetzt die größten Anforderungen. Es sind uns Blätter bekannt, die in diesen sechs Kriegsmonaten Bekanntmachungen von Behörden unentgeltlich aufgenommen haben, deren Selbstkosten für den betreffenden Setzungsverlag monatlich nach tausenden Mark rechnen. Auch die Redaktionsunkosten der Zeitungen sind während des Krieges nicht unerheblich gestiegen. Die Zeitungen sind bezüglich ihres umfangreichen Dopeidienleutes während der Tages- und Nachtzeit, der Sonderberichterstatter auf den Kriegsschauplätzen, der Bereitstellung von Personal für den Extrablattdienst usw. ungewöhnlich stark belastet. Das Publikum hat über die Preise, wie man, faßlich erfahren muß, meist eine ganz falsche Meinung. Man stellt sich selbst, stellt immer größere Anforderungen an dasselbe, sieht neidisch zu, daß einige Extrablätter verkauft werden, und schließt daraus, daß es in dieser Zeit keinem Gewerbe so gut gehe wie dem Druckereis- und Setzungsvergerbe. Dieser falschen Ansicht in der breiten Masse des Volkes — und der Behörden — sollte die Presse überall mit Nachdruck und offener Darlegung des Sachverhaltes entgegenstellen. Das würde auch zur Folge haben, daß der Presse im Hinblick auf ihre patriotischen Opfer immer mehr die Rücksicht und das Ansehen zuteil wird, die ihr gerade jetzt mehr denn je gebühren.“

Willkürliche Hemmung der Lebensmittelversorgung durch den Handel. Nach einem Berichte der „Konsumgenossenschaftlichen Rundschau“ kaufte die Mainzer Stadtverwaltung eine größere Menge Reis und beachtliche, die Ware unter Mitwirkung des Handels auf den Mainzer Markt zu bringen. Die Großhändler sollten den üblichen Handelsgewinn von 4 Mk. pro Doppelzentner garantiert erhalten. Aber sie lehnten ab, der Bevölkerung ein billiges Nahrungsmittel zugänglich zu machen. Die Stadt wollte nun die Ware den Kleinhändlern direkt zur Verfügung stellen unter der Bedingung, bestimmte Verkaufspreise einzuhalten. Die vorgeschriebenen Preise ließen den Händlern ebenfalls den in der Branche üblichen Handelsgewinn. Doch auch die Kleinhändler, insbesondere jene, die dem Rabattparverein angehören, waren schon bearbeitet und lehnten es ebenfalls ab, den von der Stadt gelieferten Reis zu verkaufen. Nicht genug damit. Einem schönen Tages erschien eine Deputation von Vertretern des Handels auf dem Stadthaus und protestierte dagegen, daß die Stadt sich unterstehe, die Bevölkerung mit Nahrungsmitteln zu versorgen! Niemand, dem die Ernährung unseres Volkes eine ernste Sorge ist, wird der Stadt Mainz einen Vorwurf aus ihrem Verhalten machen, auch dann nicht, wenn sie etwa die gekauften Lebensmittel unmittelbar an die Konsumanten abgegeben hätte. Der Handel aber, oder doch mindestens ein großer Teil von ihm, stemmt sich mit Händen und Füßen gegen die Gebote der Vernunft, obwohl ihm sein üblicher Profit gar nicht geschmälert werden sollte. Er will sich die Verkaufspreise nicht von der Stadt vor schreiben lassen — diese Begründung seines Verhaltens hat in der Zeit der Preiserei und Umgehung der Höchstpreise gerade noch gefehlt. Es mag noch mitgeteilt werden, daß der Konsumverein Mainz von der Stadt Reis zur Verteilung übernahm, was ja auch selbstverständlich ist. In der städtischen Kommission, zu deren Aufgabe die Beschaffung von Nahrungsmitteln gehört, wurde darauf hingewiesen, daß man den Konsumverein stets in Anspruch nehmen müsse, wenn man den Verbrauchern billige Nahrungsmittel verschaffen wolle. Der Konsumverein biete

die Gewähr, daß die Absichten der Stadtverwaltung verwirklicht werden.

Die Tätigkeit des Kriegsausschusses für Konsumanteninteressen. Der untern Jahren schon durch mehrere Notizen an dieser Stelle (Nr. 146 v. J. und Nr. 9 d. J.) bekannter gewordene Kriegsausschuss für Konsumanteninteressen hat in letzter Zeit eine besonders rührige Tätigkeit entfaltet. Mit Wachsamkeit verfolgt der Ausschuss die Gestaltung des Verbrauches, seine Regelung und Preisbildung unter dem Einflusse des Krieges und der erlassenen Kriegsgelehe. Um eine sachgemäße Behandlung der Fragen zu erzielen, hat der Ausschuss ständig Fühlung mit volkswirtschaftlichen, hngienischen, wirtschastlichen und praktischen Sachverständigen, mit den staatlichen und städtischen Behörden, mit den landwirtschaftlichen und gewerblichen Verbänden, er nimmt Rücksprache mit den Gewerbetreibenden, besucht ihre Betriebe. Ganz selbstständig arbeitet er mit andern Kriegsorganisationsstellen, wie dem Kriegsausschuss für Volksernährung und dem Kriegsausschuss für Gemeinwesen, welche auf ihren besonderen Gebieten auf die gleichen Ziele hinarbeiten, Hand in Hand. In einer großen Zahl von ausführlich begründeten, eingehend ausgearbeiteten Eingaben an die Reichs- und Landesbehörden, an die Generalkommandos und an die Städte befaßt sich der Ausschuss ratend, mahnend, fordernd an der gemeinamen Kriegswirtschaft. Sei es, daß er die Städte auf die Sammlung der zu Futterzwecken verwertbaren Küchenabfälle durch die Schulen hinweist, sei es, daß er von vornherein bestimmte Forderungen hinsichtlich der Brotgetreideverbrauchreglung stellt, wie sie jetzt eingeführt worden sind, gegen das Auskaufen durch die Haushaltungen, gegen Erhöhung der Höchstpreise, für Beschlagnahme der Bestände unter dem Enteignungsrechte, für die Verbrauchsreglung auf Grund von Brotskarten und durch Feststellung eines einseitigen Kriegsbrotes. Sei es, daß der Ausschuss die notwendige Maßnahmenabstimmung beauftragt und dabei auf einen allmählichen geregelten Antriebs, auf Festlegung der Preise zur Verhinderung von spekulativen Preissteigerungen hinweist, wobei die Verwertung des Fleisches zu Dauerware einmal durch die Landwirte selbst, andererseits durch die betreffenden Gewerbe unter Mitwirkung der Städte oder durch vermehrte Einrichtung von Gefrierräumen zur Aufbewahrung frischen Gefrierfleisches betont und vor einer einseitigen Massenverarbeitungs- etwa zu Konerven — oder durch die einzelnen städtischen Haushaltungen, gewarnt wird. **Sei es, daß der Ausschuss dann wieder gegen die misslichen Ernährungszustände protestiert, welche durch Zurückhaltung der Kartoffeln bei Produzenten und Händlern zur Erzielung von Höchstpreiserhöhungen hervorgerufen worden sind.** Ebenso sucht er den Gefahren vorzugeben, welche unserer Milchversorgung drohen, und die Konsumanteninteressen dadurch zu schützen, daß er auf die Benutzung der Wälder zu vermehrter Viehfütterung und auf Verlängerung der Abschubzeiten für Forstwald hinweist. Auch die Frage nach neuen bzw. nicht üblichen Nahrungsmitteln sucht er mitzulösen, indem er den Konium von Getreide zu heben sich bemüht. Andererseits befristet er wieder die Milderung von Härten, die sich dadurch ergeben, daß der Schutz des Gelehes die zum Seeresdienst Eingezogenen und ihre Angehörigen besonders hinsichtlich der Mietsverhältnisse nicht gleichmäßig erfaßt und auch auf die invalide gewordenen Kriegsteilnehmer und auf die Familien Gefallener ausgedehnt werden muß.

Steigerung der Invaliden- und Krankenrenten während des Krieges. Aus den jüngsten Veröffentlichungen des Reichsversicherungsamtes über Zahlung von Renten an Versicherte, worunter sich nicht die den Hinterbliebenen geforderter Personen gewährten Bezüge befinden, ergibt sich im Verhältnis zu dem gleichen Zeitraum des Vorjahres eine wesentliche Steigerung. Im Oktober 1914 wurden gezahlt: an Invalidenrenten, die wegen dauernder Invaliddität bewilligt werden, 13 582 215 Mk., gegen 12 958 662 Mk. im Oktober 1913, an Krankenrenten, die in Fällen vorübergehender Invaliddität gewährt werden, 326 225 Mk. gegen 286 122 Mk. im Oktober 1913, und an Altersrente 1 076 165 Mk. Die Zunahme betraf sich in dem einen Monat für die Invaliden- oder Dauerrente auf 623 552 Mk. und für die Krankenrente auf 40 103 Mk. Die Versicherungsanstalt der Hansestädte zahlte im Monat Oktober 1914 an Renten für Versicherte 325 428 Mk., gegen 295 431 Mk. im Oktober 1913. In den Hansestädten erhöhten sich also in dieser kleinen Spanne Zeit die Invalidenrenten um 22 995 Mk. und die Krankenrenten um 5424 Mk. In Preußen ist nur ein verhältnismäßig geringer Rückgang zu verzeichnen. Während in Preußen im Oktober 1914 an Renten für Versicherte 520 644 Mk., gegen 598 463 Mk. im Oktober 1913, gezahlt wurden, betraf sich in Elsaß-Lothringen die Summe der gezahlten Renten im Oktober 1914 auf 400 888 Mk., gegen 392 920 Mk. im Oktober 1913.

Beruf und Verkömmelung. Man hat jetzt einen Film hergestellt, in dem gezeigt werden soll, speziell den verkömmelten Kriegern, daß auch mit künstlichen Gliedern heute alle Verrichtungen des täglichen Lebens und selbst schwere Arbeiten ausgeführt werden können. Wie der Film arbeiten soll, hat die Technik heute so weit ge-

arbeitet und sicher wirkende Apparate und Ersatzglieder geschaffen, daß selbst in scheinbar ganz ungünstigen Fällen dem Verletzten die volle Arbeitsfähigkeit wiedergegeben werden kann. So zeigt der Film, der dieser Tage in Berlin den verkömmelten Berliner Soldaten vorgeführt wurde, wie ein Mann, dem Hände und Füße fehlten, so weit gebracht werden konnte, daß er sich selber anzieht, isst, trinkt, Zigarren anzündet, Bierflaschen öffnet und schließt und schwere mechanische Verfahrarbeiten verrichtet. Auch landwirtschaftliche Arbeiten werden mit künstlichen Gliedmaßen vollbracht, Schreibmaschine wird geschrieben, der Federhalter und der Bleistift richtig gehandhabt usw. Wenn solcher Erfolg natürlich auch den gefunden Gliedern nicht gleichsteht, so bedeutet es immerhin einen beachtenswerten Erfolg, daß die Wissenschaft heute bereits in solcher Weise für die Verkömmelten zu sorgen vermag.

Versehiedene Eingänge.

„Typographische Jahrbücher.“ Herausgegeben vom Technikum für Buchdrucker in Leipzig. Heft 28. Jahrgang, 1915. Preis pro Jahrgang (12 Hefte) 7,20 Mk. „Bodenreform.“ Organ der Bodenreformer. Erscheint am 5. und 20. jeden Monats. Nr. 4. 26. Jahrgang. „Für Alle Welt“, illustrierte Zeitschrift. Verlag: Deutsches Verlagshaus Bong & Co., Berlin. XXI. Jahrgang, Heft 12. Preis 40 Pf.

Briefkasten.

M. G. in S.: Ist eingegangen; über Ausnahmefermis noch keine Entscheidung möglich. — J. H. in K.: Dankend erhalten. — K. G. in St.: Ist ja gar nicht daraus zu folgern! Der Alldeutsche Verband hat das gewollt, der Allgemeine Deutsche Sprachverein hat sich nur nochmals mit dessen Absichten beschäftigt. Dazu lag noch untrer Meinung gar keine Veranlassung vor. — S. G. in B.: Wir haben schon vor einigen Jahren Ihnen gegenüber erklärt, daß Buchdrucker, die dem Verbands nicht angehören, sich schon andre Fachblätter als den „Korr.“ zum Anhalten suchen müßten. Aber seine 50jährige Buchdruckerlaufbahn übrigens selbst einen Artikel in der Fachpresse vom Stapel zu lassen, muß als höchst faktlos bezeichnet werden. — Fr. A. aus M.: Karte dankend erhalten. — R. M. aus B.: Alles mit Dank empfangen und mit Interesse gelesen. Wegen Jahreshesicht, legen Sie im Mai in Hamburg an; haben ihr keinen Überschuß. — S. S. aus W.: Freundliche Zeilen erwidern wir kollegial grüßend sowie mit Zusicherung weiterer Überlegung. — G. R. in K.: Kann keine Aufnahme finden, und zwar 1.: wenn jeder deraartige Fall so breitgetreten werden würde, müßte der „Korr.“ mit jeder Nummer in acht Seiten Umfang herauskommen; 2. weil die Abfassung mehr als einmal zu strafrechtlichen Konsequenzen führen würde; 3. in der „Wochenchau“ kurz von der Sache Notiz genommen werden soll. — A. K. in Düsseldorf: 2,15 Mk. — A. L. in Steinfurt: 4,85 Mk. — K. St. in Breslau: 2,30 Mk. — A. G. in K.: 2,15 Mk. — D. W. in P.: 4,55 Mk. — G. W. in Neisse: 2,30 Mk. — G. A. M. in Mühlhausen: Erhalten. — Nach Hamburg: 2,45 Mk. — G. St. in Augsburg: 3,95 Mk.

Verbandsnachrichten

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamissostraße 511.
Fernsprecher: Amt fürstlich, Nr. 1191.

Adresseveränderungen.

Detmold. Wegen Einberufung unfres Vorstehenden Helland sind die Vereinsgeschäfte dem Kollegen Karl Hornung, Vogelstraße 70 a, übertragen.
Nordhausen. Kassierer: Alfred Büschel, Altendorf 22, Hinterhaus II; Kellnermeister: Richard Jungblut, Neumarkt 28, Hinterhaus I.

Zur Aufnahme gemeldet

Eingewunden innerhalb 14 Tagen an die beigelegte Adresse:
Im Gau Mittelrhein 1. der Schweizerdegen Karl Schneider, geb. in Kallerslautern 1897, ausgel. dal. 1915; war noch nicht Mitglied; 2. der Seher Joseph Hebel, geb. in Gengenbach 1899, ausgel. dal. 1909; war schon Mitglied. — Heinrich Suhs in Mannheim, Poststraße 8.

Im Gau Nordwest der Maschinenleher Wilhelm Hein, geb. in Nabel 1896; ausgel. in Schneidemühl 1914; war noch nicht Mitglied. — J. Dießla in Bremen, Hardenbergstraße 52.

Im Gau Schlesien der Drucker Walter Lorenz, geb. in Berlin 1895, ausgel. in Warmbrunn i. Schl. 1913; war schon Mitglied. — Karl Fiedler in Breslau, Kupferstraße 7 II.

Veranstaltungskalender.

Duisburg. Bezirksversammlung Sonntag, den 14. März, im Saale des Herrn Wendie in Duisburg, Klosterrstraße 39.

